








ST. GEORG 19



Freie und Hansestadt Hamburg
Baubehörde
Landschulungsamt
Stadthaus-Platz 1, Hamburg 24
Ruf

Bebauungsplan St. Georg 19

Festsetzungen

-  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
-  **MK** Kerngebiet
- z.B.I** Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- g** Geschlossene Bauweise
-  Baugrenze
-  Überbauung
-  Straßenverkehrsfläche
-  Straßenbegrenzungslinie
- LHmin** Lichte Höhe als Mindestgrenze
-  Straßenhöhe bezogen auf NN

Kennzeichnungen

-  Vorgesehenes Bodenordnungsgebiet
-  Vorhandene Gebäude

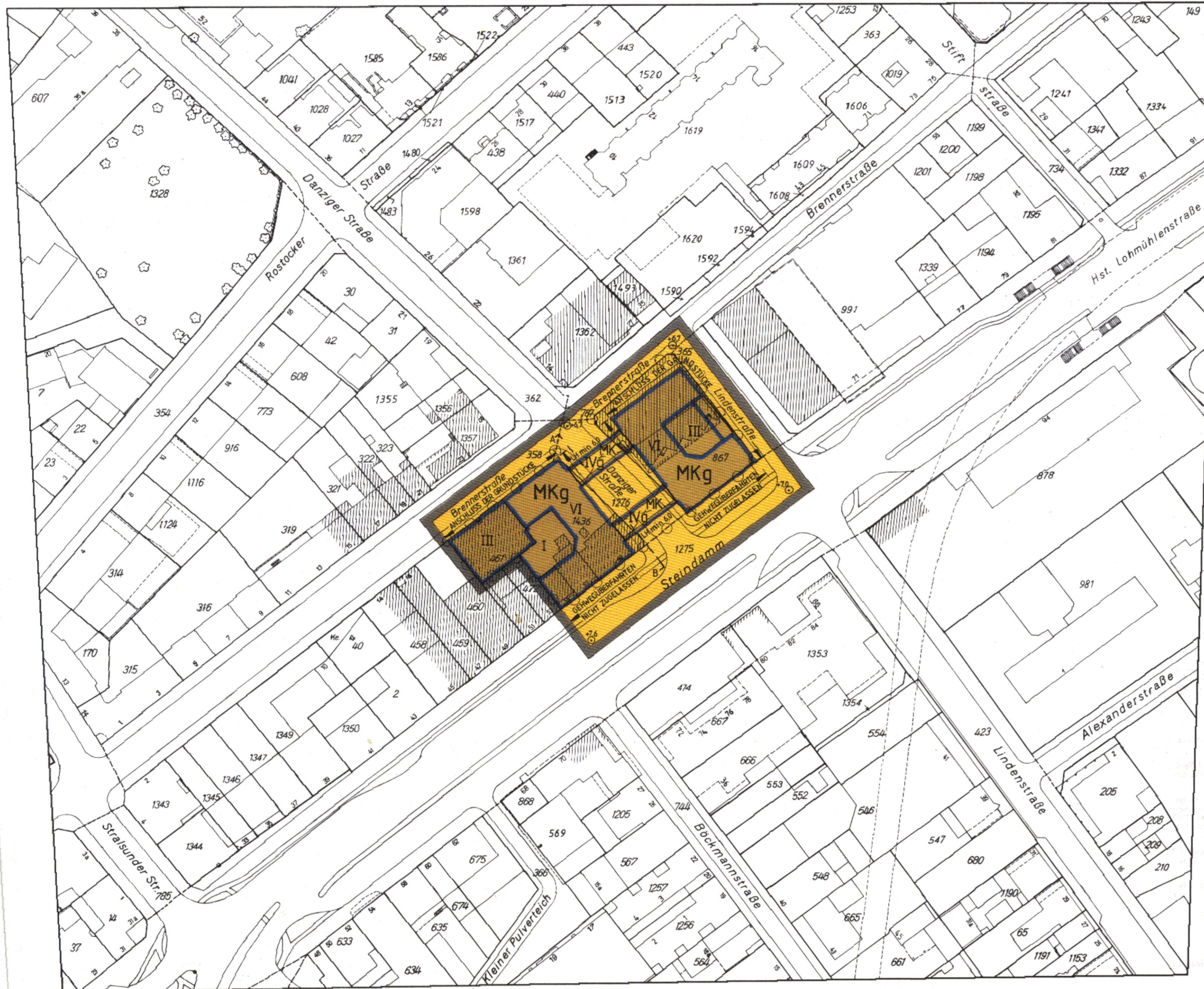
Hinweise

Maßgebend ist die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15. September 1977 (Bundesgesetzblatt I Seite 1764).

Längenmaße und Höhenangaben in Metern

Der Kartenausschnitt (Katasterkarte entspricht für den Geltungsbereich des Bebauungsplans dem Stand vom Juni 1983.

Gesetz siehe Rückseite



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG



Bebauungsplan

St. Georg 19

Maßstab 1:1000

Bezirk Hamburg-Mitte

Ortsteile 113 u. 114

Nr. 24073

Reproduktion und Offsetdruck: Vermessungsamt Hamburg 1984

Gesetz
über den Bebauungsplan St. Georg 19

Vom 10. Oktober 1984

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan St. Georg 19 für den Geltungsbereich Brennerstraße — Lindenstraße — Steindamm — Westgrenze des Flurstücks 1436, Süd- und Westgrenze des Flurstücks 461 der Gemarkung St. Georg-Nord (Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteile 113 und 114) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans und die ihm beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung können beim örtlich zuständigen Bezirksamt während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.
2. Wenn die in den §§ 39 j, 40 und 42 bis 44 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 mit den Änderungen vom 3. Dezember 1976 und 6. Juli 1979 (Bundesgesetzblatt I 1976 Seiten 2257, 3281 und 3617, 1979 Seite 949) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
3. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei der Aufstellung des Bebauungsplans ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich in-

nerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Verkündung verletzt worden sind.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften.

1. In den Erdgeschossen sind nur Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Gewerbebetriebe zulässig.
2. Einkaufszentren und großflächige Handels- und Einzelhandelsbetriebe nach § 11 Absatz 3 der Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15. September 1977 (Bundesgesetzblatt I Seite 1764) sowie Spielhallen, Sexshops und ähnliche Einrichtungen sind unzulässig.
3. An der Straße Steindamm werden Ausnahmen nach § 7 Absatz 3 Nummer 2 der Baunutzungsverordnung ausgeschlossen.
4. Die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse für die Überbauung der Danziger Straße wird oberhalb der festgesetzten lichten Höhe gezählt.
5. Es ist nur Fernheizung zulässig.

§ 3

Für das Plangebiet werden die bisher bestehenden Bauungspläne aufgehoben.

Ausgefertigt Hamburg, den 10. Oktober 1984.

Der Senat